

Eine Region droht auszubluten:

Sturm über dem Ländle



Baden-Württemberg galt über Jahrzehnte hinweg als Musterländle der Republik. Mit eng verzahnten Clustern aus Automobilbau, Zulieferindustrie und Maschinenbau sowie Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten florierte die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit im Südwesten war in der Vergangenheit nicht so bedrohlich wie in anderen Regionen der Republik. Doch das Gerüst wankt.

Ohne Kurzarbeit über 100.000 Arbeitslose mehr

Die Produktion ist in einem bislang nicht gekannten Maße zurückgegangen (-24,5 Prozent).

Inzwischen arbeiten über 300.000 Menschen in Baden-Württemberg kurz. Im Schnitt ist dabei die Arbeitszeit um 30 Prozent reduziert. So konnten durch den Einsatz von Kurzarbeit über 100.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Ohne Kurzarbeit wäre die Arbeitslosigkeit im Land auf etwa 400.000 gewachsen.

Das Herz der Industrie darf nicht aufhören zu schlagen

Dramatisch ist die Entwicklung im Maschinenbau, dem Herz der baden-württembergischen Industrie. Besonders in automobilen Bereichen schlägt die Krise mit voller Wucht zu.

Viele Unternehmen kämpfen mit Einbrüchen von 40 Prozent und mehr bei den Auftragseingängen. Die Auslastung der Unternehmen liegt nur noch bei 65 Prozent (normal sind bis zu 90 Prozent).

Sollte dieses Herz aufhören zu schlagen, hätte das weitreichende Folgen. Der Maschinenbau macht es erst möglich, dass rund um die Landeshauptstadt so viele innovative Produkte entwickelt und produziert werden können - auch und gerade im Bereich der Automobilindustrie.

Ohne den Maschinenbau als Pulsgeber würde die Forschungs- und Entwicklungsfähigkeit leiden und der Produktionsstandort in sich zusammenfallen.

Unsere Forderungen

Wir können ein Ausbluten der Industrie in der Region Stuttgart vermeiden, wenn ...

... die Landesregierung

- ein industriepolitisches Konzept erarbeitet, das hilft, den Strukturwandel zu bewältigen.
- einen Public Equity Fonds einrichtet, mit dem Unternehmen in der Krise finanziert werden können.

... die Banken

- Kredite an Unternehmen zu fairen Konditionen vergeben, wenn eine Zukunftsperspektive erkennbar ist.

... die Bundesregierung

- den Bezug des Kurzarbeitergeldes für 24 Monate auch für 2010 verlängert.
- das Transferkurzarbeitergeld auf 24 Monate verlängert.
- den Bezug von Arbeitslosengeld I auf 24 Monate verlängert.
- die gesetzliche Förderung der Altersteilzeit verlängert.
- die Rente mit 67 revidiert.

... die Arbeitgeber

- Instrumente wie Kurzarbeit in vollem Umfang nutzen, um die Belegschaften zu halten.
- die Zahl der Ausbildungsplätze sichern.
- ausgebildete Fachkräfte übernehmen.

Banken bremsen bei der Kreditvergabe

Verschärft wird das Krisengewitter durch die Banken. Mehr als ein Drittel der Unternehmen im Südwesten leidet inzwischen unter den verschärften Kreditbedingungen der Kreditinstitute. Die Härte und Dauer der weltweiten Wirtschaftskrise bringt inzwischen selbst schuldenfreie Unternehmen mit viel Eigenkapital an den Rand der Insolvenz.

Belegschaften tragen Krisenlasten schon heute

Die Belegschaften tragen die Krisenlasten durch Einkommens-

einbußen wegen Kurzarbeit oder verringerter Arbeitszeit. Um aber mit den Belegschaften durch die Krise zu kommen, brauchen die Unternehmen Kredite zu fairen Konditionen. Ohne die notwendige Finanzierung geraten viele Unternehmen in den kommenden Monaten unter die Räder – und mit ihnen die Belegschaften. Dann werden die Beschäftigten durch den Verlust der Arbeitsplätze zu Opfern der Krise und der Arbeitsmarkt droht aus den Fugen zu geraten.

Trauriges Bild der Landesregierung

Dabei ist es vor allem der Mit-



telstand, der gerne aus den Reihen der Politik als die Stütze der Wirtschaft beschrieben wird, der jetzt unter der Last der Krise zusammenzubrechen droht.

Waren es in der Vergangenheit viele Klein- und Mittelbetriebe, die über Jahre hinweg solide gewirtschaftet und mit den Erträgen das Eigenkapital gestärkt haben,

drohen diese jetzt vor die Wand zu laufen. Die Landesregierung gibt bislang ein trauriges Bild ab. Statt mit einem strukturpolitischen Konzept dem Wandel offensiv zu begegnen, werden die Hände in den Schoß gelegt. Die Landesregierung gefährdet mit ihrer Politik des Aussitzens die Basis der Wirtschaftskraft des Südwestens.



Jörg Hofmann, 55, Diplom Ökonom. Seit 2003 leitet er den IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg.

Handeln in der Krise

Die aktuelle Krise wächst sich immer mehr zur akuten Bedrohung für die Beschäftigten aus. Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, wächst die Gefahr einer Deindustrialisierung in Kernbereichen der baden-württembergischen Wirtschaft.

Um die Folgen und die damit verbundene Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, müssen alle Beteiligten rasch und entschieden handeln.

Public Equity Fonds auflegen

Wir schlagen vor, einen Fonds aufzulegen, mit dessen Hilfe die Unternehmen durch die Krise kommen können. Das notwendige Kapital könnte durch die Landesregierung und die Bürgschaftsbank in Form einer verbürgten Anleihe am Kapitalmarkt aufge-

nommen werden. Dieser Fonds könnte in Form stiller Beteiligungen zur Stabilisierung der Eigenkapitalbasis zukunftsfähiger Betriebe beitragen. Über die Vergabe an die Unternehmen sollte ein unabhängiges Gremium entscheiden. Außerdem sollten die Zugangswege zu verbürgten Krediten deutlich erleichtert werden.

Kurzarbeitergeld verlängern

Die Landesregierung muss sich außerdem dafür einsetzen, den Bezug des Kurzarbeitergeldes für 24 Monate auch für 2010 zu verlängern. Das Transferkurzarbeitergeld sollte auf 24 Monate verlängert werden. Damit wird Beschäftigten, die von Arbeitsplatzverlust bedroht sind, die Möglichkeit gegeben, die Krise in einer Transfergesellschaft zu überbrücken und sich während dieser Zeit auch zu qualifizieren.

Altersteilzeit fördern, Rente mit 67 revidieren

Um auch in der Krise den demografischen Wandel zu gestalten, muss die finanzielle Förderung der Altersteilzeit durch den Gesetzgeber verlängert und die Rente mit 67 revidiert werden. Mit dem Modell der Altersteilzeit schaffen wir echte Beschäftigungsbrücken, die es älteren Beschäftigten ermöglicht, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Gleichzeitig öffnen sich damit für Jugendliche neue Perspektiven bei der Suche nach einem Job.

Chancen für die Jugend

Gerade jetzt müssen wir der Jugend Chancen eröffnen und nicht die Zukunft verbauen. Das heißt, die Zahl der Ausbildungsplätze darf nicht reduziert, die Übernahme der Ausgebildeten muss gesichert werden. Alles andere wäre kurzfristig, denn

im nächsten Aufschwung werden gut ausgebildete Fachkräfte benötigt.

Bezug von Arbeitslosengeld verlängern

Wer durch die Folgen der Krise unverschuldet seinen Arbeitsplatz verliert, darf nicht in Hartz IV fallen. Wir brauchen deshalb eine Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld I auf 24 Monate.

Arbeitszeit neu verteilen

Die Krise setzt die Frage der Arbeitszeiten in ein neues Licht. Das Land erlebt derzeit die größte Arbeitszeitverkürzung, die es je gab. Ohne diese Maßnahme wäre die Arbeitslosigkeit längst dramatisch nach oben geschneit. Wir brauchen solche Instrumente auch nach der Krise, um den kommenden Strukturwandel sozial abzufedern.